

GI Leitsätze

Fachanwalt für Steuerrecht / Ausbildung von Steuerfachgehilfen

Eine verfassungskonforme Auslegung des § 90 BBiG gebietet, auch dem Fachanwalt für Steuerrecht die fachliche Eignung zur Ausbildung von Steuerfachgehilfen zuzuerkennen.

(VG Kassel, Urt. v. 15. 7. 1993 – 4/3 E 44/92 – BRAK-Mitt 1993, 228)

Zustellung / Empfangsbekenntnis ohne gerichtlichen Vordruck

Erklärt ein Anwalt, dem die Geschäftsstelle des Gerichts ein Urteil zum Zwecke der Zustellung übersandt hat, auf die Frage der Geschäftsstelle nach dem Verbleib des Empfangsbekenntnisses schriftlich, daß er das Urteil an einem bestimmten Tag erhalten hat, dann kann diese Erklärung nach den Umständen und insbesondere dem Zusammenhang von Frage und Antwort dahin zu verstehen sein, daß er die Übersendung des Urteils als Zustellung akzeptiert.

(BGH, Urt. v. 3. 5. 1994 – VI ZR 248/93)

Notarhaftung / Zahlung mit Auflagen / Informationspflichten gegenüber Käufer

Hat der mit der Durchführung des Kaufvertrags beauftragte Notar den Kaufpreis durch Banküberweisung erhalten, schließen jedoch die Auflagen, mit denen die Bank die Überweisung verbunden hat, die Annahme der Leistung als Erfüllung aus und drohen dem Käufer Rechtsnachteile, falls die Zahlung nicht alsbald aulagenfrei gestellt wird, muß der Notar unverzüglich den Käufer selbst davon benachrichtigen; eine Mitteilung an die Bank genügt nicht.

(BGH, Urt. v. 3. 6. 1993 – IX ZR 119/92 – VersR 1994, 181)

Vollmachtsnachweis / Vorlage des Originals / Telefax

Zum Nachweis der Bevollmächtigung gemäß § 80 Abs. 1 ZPO ist das Original der Vollmachtsurkunde vorzulegen. Schriftstücke, die lediglich einen durch technische Übertragungsverfahren hergestellten Abdruck der Originalurkunde enthalten (Telefaxe, Fotokopien), reichen hierfür nicht aus.

(BGH, Urt. v. 23. 6. 1994 – I ZR 106/02)

Abfindungsvergleich

- Belehrungspflichten
- Einverständnis d. Mandanten

(BGH, Urt. v. 21. 4. 1994 – IX ZR 123/93)

Leitsatz:

Ein Rechtsanwalt darf einen bindenden Abfindungsvergleich mit nicht unerheblicher Tragweite regelmäßig nur schließen, wenn sein Mandant hierüber belehrt ist und zugestimmt hat.

Tatbestand:

Die am 29. 9. 1930 geborene Klägerin war niedergelassene Ärztin für Allgemeinmedizin. Sie wurde am 4. 6. 1986 bei einem Verkehrsunfall verletzt. Laut Attest des behandelnden Arztes vom 15. 12. 1987 zog sie sich ein HWS-Schleudertrauma I. Grades zu mit einer Stellatumblockade rechts und Schwindelzuständen, eine Distorsion der LWS mit Ileosacralgelenksblockierung links und eine Epicondylopathie des rechten Ellenbogens, die aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Schleudertrauma in Zusammenhang zu sehen sei. Sämtliche Beschwerden seien – so hieß es in dem Attest weiter – „jetzt weitgehend zurückgegangen“. Über Schmerzen habe die Patientin noch im September 1987 geklagt. Arbeitsunfähigkeit habe – in ständig zurückgehendem Umfang – bis 30. 9. 1987 bestanden.

Unter Vorlage dieses Attestes verlangte der beklagte Rechtsanwalt im Auftrage der Klägerin von der Haftpflichtversicherung des anderen Unfallbeteiligten ein Schmerzensgeld von 10.000 DM; außerdem machte er Verdienstausschlag geltend, wobei er jedoch insoweit einen Verzicht in Aussicht stellte, falls das Schmerzensgeld in voller Höhe bezahlt werde.

Da die Haftpflichtversicherung auf seine Vorstellungen nicht einging, erhob er für seine Mandantin am 10. 5. 1988 Klage auf Zahlung eines Schmerzensgeldes, wobei er zum Ausdruck brachte, daß er einen Betrag von 10.000 DM als angemessen ansehe. Die Geltendmachung von Verdienstausschlag behielt er sich vor. Am 20. 5. 1988 schloß er – ohne mit der urlaubsabwesenden Klägerin hierüber gesprochen zu haben – mit der Haftpflichtversicherung einen außergerichtlichen Vergleich. Danach

zahlte die Versicherung „zur Abgeltung aller gegenseitigen Ansprüche“ ein Schmerzensgeld von 5.500 DM, erstattete den Gerichtskostenvoranschlag in Höhe von 214 DM und übernahm die Kosten des Beklagten. Im Gegenzug verzichtete dieser namens der Klägerin auf die Geltendmachung von Verdienstausschlag. Anschließend nahm der Beklagte für die Klägerin die Klage zurück.

Tatsächlich waren die Unfallfolgen nach der Behauptung der Klägerin nicht abgeklungen. Sie ist inzwischen als Schwerbehinderte (GdB: 50 %) anerkannt und hat ihren Beruf aufgegeben.

Eine am 29.3.1990 erhobene Klage auf Leistungen aufgrund einer für die Klägerin bestehenden Unfallversicherung wurde rechtskräftig abgewiesen, weil die Fristen des § 19 Abs. 2 Nr. 1 AKB versäumt seien.

Die Klägerin wirft dem Beklagten vor, zum einen im Zusammenhang mit dem Vergleichsschluß und zum anderen durch die Außerachtlassung der Fristen des § 19 Abs. 2 Nr. 1 AKB anwaltliche Pflichten verletzt zu haben. Sie verlangt Zahlung von 89.864 DM für Vermögensschaden, 45.800 DM als Schmerzensgeld und die Feststellung der Verpflichtung zum Ersatz jeglichen weiteren Schadens. Landgericht und Oberlandesgericht haben die Klage abgewiesen. Dagegen wendet sich die Klägerin mit ihrer Revision.

Aus den Gründen:

.....

II.

... Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung in wesentlichen Punkten nicht stand.

Ein Rechtsanwalt darf einen bindenden Abfindungsvergleich mit nicht unerheblicher Tragweite regelmäßig nur schließen, wenn der Mandant hierüber belehrt ist und zugestimmt hat (vgl. BGH, Urt.v. 14. 1. 1993 – IX ZR 76/92, GI 93, 222 = NJW 1993, 1325, 1326 m.w.N.; Borgmann/Haug, Anwaltshaftung 2. Aufl. S. 114; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars 4. Aufl. Rdnr. I 481; Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht 1989 Rdnr. 177; Schlee AnwBl. 1989, 223). Diese Voraussetzungen waren im vorliegenden Fall nicht gegeben.

1. Auch aus der Sicht des Beklagten bei Abschluß des Vergleichs kam diesem erhebliche Bedeutung zu.

Zum einen verzichtete der Beklagte für seine Mandantin auf Ersatzansprüche wegen des bisherigen Verdienstauffalls. Daß eine niedergelassene Ärztin, die 16 Tage zu 100 %, einen Monat zu 80 % und zwei Monate zu 50 % arbeitsunfähig ist (dies ergab sich aus dem Attest vom 15.12.1987), einen Verdienstaufall haben kann, liegt nahe.

Zum zweiten erklärte der Beklagte seine Mandantin wegen jeglicher – auch und insbesondere der zukünftigen – Schäden für abgefunden. **Ein Abfindungsvergleich zur Regulierung der Schäden aus einer Körperverletzung ist regelmäßig von erheblicher Tragweite; etwas anderes gilt nur dann, wenn es sich um Verletzungen einfacher Art handelt und aller Voraussicht nach mit Spätfolgen nicht gerechnet werden muß.**

Verletzungen, die – wie in dem Attest vom 15.12.1987 ausgewiesen – 15 Monate lang die Arbeitsunfähigkeit beeinträchtigen, sind keine solchen einfacher Art. Der Beklagte konnte im Mai 1988 darüber hinaus nicht davon ausgehen, daß die Verletzungen der Klägerin folgenlos ausgeheilt und weitere Beeinträchtigungen ausgeschlossen seien.

HWS-Schleudertraumen gehören erfahrungsgemäß zu den Unfallverletzungen, die diagnostisch schwer faßbar sind und deren Verlauf schwierig vorherzusagen ist. Nach seinem eigenen Vortrag hatte der Beklagte im vorliegenden Fall die Erfahrung gemacht, daß der behandelnde Arzt seine ursprüngliche, der Klägerin günstigere Prognose revidieren mußte. In einem ersten, unmittelbar nach dem Unfall erstellten Attest vom 19.6.1986 hatte er lediglich ein HWS-Schleudertrauma I. Grades und eine LWS-Distorsion diagnostiziert und erklärt, mit Schmerzen und Restbeschwerden sei noch ca. drei Monate (vom Unfalltag an) zu rechnen. Demgemäß hatte der Beklagte zunächst auch nur ein Schmerzensgeld in Höhe von 2.200 DM geltend gemacht. In dem zweiten Attest vom 15.12.1987 war der Befund ausgeweitet und mitgeteilt worden, daß die Klägerin noch im September 1987 – 15 Monate nach dem Unfall – über Schmerzen geklagt hatte. Verläuft der Heilungsprozeß – wie in diesem Falle – unregelmäßig, ist für einen Anwalt, dem der Abschluß eines Abfindungsvergleichs angesonnen wird, besondere Vorsicht geboten. Weiterhin mußte im vorliegenden Fall die Stellungnahme der gegnerischen Haftpflichtversicherung vom 18.3.1988 berücksichtigt werden. Dort hatte die Versicherung Zweifel angemeldet, ob die in dem zweiten Attest vom 15.12.1987 genannten Beschwerden und die angeführte lange Dauer der Erwerbsminderung auf den Unfall zurückzuführen seien. Gegebenenfalls würde nämlich ein Schleudertrauma III. Grades vorliegen, bei dem auch positive Verletzungsmerkmale im Röntgen-

bild der HWS vorhanden sein mußten. Diese Umstände mußten für einen sorgfältigen Anwalt – jedenfalls im Mai 1988, als das zweite Attest wiederum fünf Monate zurücklag – Anlaß sein, sich ein klareres Bild über den aktuellen Gesundheitszustand der Klägerin und die seinerzeit gültige Zukunftsprognose zu verschaffen, ehe an einen Abfindungsvergleich zu denken war. Der Beklagte war sich dieser Pflicht wohl auch bewußt. **Denn er trägt selbst vor, er habe die Klägerin mehrfach erfolglos aufgefordert, neuere Atteste beizubringen. Wenn die Klägerin hierauf schwieg, durfte der Beklagte daraus nicht auf eine restlose Ausheilung der unfallbedingten Verletzungen schließen.** Er mußte im Gegenteil davon ausgehen, daß eine abschließende Aussage über den Gesundheitszustand der Mandantin noch nicht möglich war.

2. Der Beklagte hatte auch **keinen Anlaß anzunehmen, die Klägerin sei mit dem Vergleich einverstanden.** Daß die Parteien jemals über einen Abfindungsvergleich und den dabei zu beachtenden Rahmen gesprochen haben, ist nicht vorgetragen. Die eingereichte Klage bot hierbei keinen hinreichenden Anhalt, weil sie nur als Teilklage zu verstehen war und insbesondere den Ersatz des künftigen Schadens ausklammerte. Im übrigen blieb die Vergleichssumme um fast die Hälfte hinter dem in der Klage als angemessen bezeichneten Schmerzensgeld zurück. Daß die Klägerin das Attest vom 15.12.1987 dem Beklagten kommentarlos zugeschickt und nach dem Vortrag des Beklagten in der Folgezeit auf seine Anforderungen, neuere Atteste vorzulegen, geschwiegen hatte, durfte nicht dahin verstanden werden, sie gebe dem Beklagten für Vergleichsverhandlungen freie Hand, mußte ihm vielmehr auch insoweit eher den Eindruck einer unklaren Situation vermitteln.
3. Selbst wenn die Klägerin dem Beklagten zuvor bedeutet gehabt hätte, sie sei unter Umständen vergleichsbereit, **wäre es Aufgabe des Beklagten gewesen, sie darüber zu belehren, daß Fehleinschätzungen über die künftige Entwicklung der unfallbedingten Körperschäden zu den von ihr in dem Abfindungsvergleich zu übernehmenden Risiken gehörten und daß sie bei Verwirklichung dieser Risiken grundsätzlich keine Schadenersatzansprüche mehr geltend machen könne** (vgl. BGH, Urt.v. 12. 7. 1983 – VI ZR 176/81, NJW 184, 115 f.; v. 19. 6. 1990 – VI ZR 255/89, NJW 1991, 1535). Daß der Beklagte die Klägerin wenigstens darauf hingewiesen habe, sie trage das Risiko irgendwelcher Spätfolgen, ist nicht vorgebracht.

4. **Anderweitige Interessen von überragender Bedeutung, die es ausnahmsweise gerechtfertigt hätten, den Vergleich ohne vorherige Belehrung und ohne Absprache mit der Klägerin zu schließen, sind nicht ersichtlich.** Der Beklagte behauptet nicht, der Vergleich sei für die Klägerin eine „einmalige Chance“ gewesen. Es war auch nicht zwingend geboten, ihn abzuschließen, bevor die der gegnerischen Haftpflichtversicherung gesetzte Klageerwiderungsfrist ablief. Zwar hätte die Erwiderung Kosten ausgelöst. Die Frist lief aber erst Ende Mai 1988 ab. Daß die Klägerin bis dahin nicht zu erreichen war, hat der Beklagte nicht dargetan. Im übrigen hätte er unter Hinweis auf schwebende Vergleichsverhandlungen beim Gericht beantragen können, die Klageerwiderungsfrist (§ 275 Abs. 1 Satz 1 ZPO) zu verlängern (§ 224 Abs. 2 Satz 1 ZPO) oder das Ruhen des Verfahrens anzuordnen (§ 251 Abs. 1 ZPO; diesem Antrag hätte sich allerdings der gegnerische Anwalt anschließen müssen). Der prozessuale Fristendruck war demnach ohne weiteres zu beheben. Selbst wenn dem nicht so gewesen wäre, hätte der Beklagte die durch die Einreichung einer Klageerwiderung entstehenden Kosten abwägen müssen gegen die Nachteile, die aus dem Abschluß eines möglicherweise seiner Partei abträglichen und ihrem Willen widersprechenden Vergleichs erwachsen konnten. Diese Abwägung konnte im vorliegenden Fall nur zu dem Ergebnis führen, mit dem Vergleichsschluß zuzuwarten, bis der Kontakt zu der Klägerin wieder hergestellt war.
5. Auf der Grundlage der getroffenen Feststellungen kann nicht davon ausgegangen werden, daß die Klägerin ihr Einverständnis zu dem beabsichtigten Vergleich erteilt hätte, falls der Beklagte sie nach Belehrung über dessen Tragweite entsprechend befragt hätte. Für das Gegenteil spricht das Schreiben vom 16. 6. 1988, mit dem die Klägerin auf die Nachricht des Beklagten vom Vergleichsschluß geantwortet hat. In ihrem Schreiben teilte die Klägerin mit, leider sei die Lenden-torsion nicht berücksichtigt worden; da sie (Klägerin) deshalb immer noch in Behandlung sei, befürchte sie einen Dauerschaden. Unter nochmaliger Beifügung des Attestes vom „15. 9. 1987“ (gemeint ist wohl: 15. 12. 1987) bedankte sie sich bei dem Beklagten für seinen „Teilerfolg“. Das könnte dafür sprechen, daß die Klägerin damals der Meinung war, weitere Ansprüche geltend machen zu können.

Wäre der Vergleich ohne die Pflichtverletzung nicht abgeschlossen worden, kann deren Ursächlichkeit für den geltend gemachten Schaden nicht verneint werden. Nach dem für die Revisionsinstanz zu-

grunde zu legenden Vortrag der Klägerin ist ihre Invalidität unfallbedingt. Ohne den Vergleich hätte der Haftpflichtversicherer des anderen Unfallbeteiligten eintreten müssen.

.....

Steuerberatungsvertrag

- Kündigungsrecht, § 627 BGB
 - Allgemeine Geschäftsbedingungen
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 25. 11. 1993 – 13 U 19/93)

Leitsatz:

Bei einem Steuerberatungsvertrag kann das Kündigungsrecht des Mandanten nach § 627 Abs. 1 BGB nicht durch Formularvertrag ausgeschlossen werden.

Leitsatz (d. Verf.):

Der Gebührenanspruch entsteht bei jeder einzelnen Angelegenheit erst, wenn der Steuerberater seine Tätigkeit aufgenommen hat.

Aus den Gründen:

A. Berufung des Klägers

Die Berufung des Klägers ist nicht begründet. Der Kläger hat ab August 1990 keine Vergütungsansprüche mehr, weil er der Beklagten ab diesem Zeitpunkt unstreitig keine Dienste mehr geleistet und die Beklagte den Steuerberatungsvertrag zwischen ihr und dem Kläger mit Anwaltsschreiben vom 13. 9. 1990 wirksam gemäß § 627 Abs. 1 BGB gekündigt hat. Auf die Frage, ob die Beklagte einen wichtigen Grund zur Kündigung im Sinne von § 626 Abs. 1 BGB hatte und das Kündigungsrecht innerhalb der Frist des § 626 Abs. 2 BGB ausgeübt hat, kommt es deshalb nicht an:

1. Mit dem Schreiben vom 13. 9. 1990 hat die Beklagte (auch) den Steuerberatungsvertrag vom 16. 3. 1989 zwischen ihr und dem Kläger gekündigt. Daß dieses Schreiben nicht an den Kläger, sondern an die Widerbeklagte gerichtet ist, spielt keine Rolle:

- a) Die **Auslegung** einer empfangsbedürftigen Willenserklärung gemäß § 133 BGB hat sich danach auszurichten, was als Wille für denjenigen erkennbar geworden ist, für den die Erklärung bestimmt war (BGH NJW 1990, 3206; BGH NJW 1992, 1446). Geht aus dem „Gesamtatbestand“ der Erklärung unmißverständlich hervor, was wirklich erklärt werden sollte, so ist allein das maßgebend. Das gilt auch für Kündigungserklärungen (Kramer, in: MünchKomm, BGB, 3. Aufl. [1993], § 119 Rdnr. 48).
- b) Das Schreiben vom 13. 9. 1990 war im Anschriffeld an die Widerbeklagte und in der Anrede an den Kläger gerichtet. Der Kläger hat es unstreitig gelesen und seinen Inhalt zur Kenntnis genommen. Die Kündigung des Steuerberatungsvertrages der Beklagten konnte auch aus seiner Sicht nur ihn betreffen, weil – was er richtig hervorhebt – die Beklagte nur mit ihm einen Steuerberatungsvertrag geschlossen hatte. Aus welchem Grunde er habe annehmen können, daß die Beklagte einen nicht existierenden Vertrag zwischen ihr und „seiner“ Gesellschaft mit der Begründung kündigen wolle, das notwendige Vertrauensverhältnis sei nachhaltig gestört, den tatsächlich bestehenden Vertrag mit ihm persönlich aber aufrechterhalten wolle, hat der Kläger nicht nachvollziehbar dargetan.
- c) Im übrigen setzt der Kläger sich mit seinem Einwand, er (persönlich) habe keine Kündigung erhalten, in Widerspruch zu seinem und „seiner“ Gesellschaft früheren Verhalten. Das Schreiben vom 12. 6. 1990 an A., das die Beklagte und die Eheleute B. zum Anlaß für die Kündigung genommen haben, war nach seinem und der Widerbeklagten Vorbringen allein dazu bestimmt, als „Argumentationshilfe“ in dem Steuerstrafverfahren gegen ... zu dienen. Die Vertretung der ... „vor Steuerstraßbehörden“ war nach dem Vertrag vom 15. 7. 1988 mit ihr aber allein seine Sache und von dem Vertrag der Widerbeklagten mit den Eheleuten B. ausdrücklich ausgeschlossen. Gleichwohl ist die „Argumentationshilfe“ auf Kopfbogen der Widerbeklagten erteilt worden. Daraus kann nur geschlossen werden, daß der Kläger selbst keinen Wert auf eine strikte Trennung der verschiedenen Vertragsverhältnisse gelegt hat.
2. Das Anwaltsschreiben der Beklagten vom 13. 9. 1990 enthielt **eine Kündigung nach § 627 Abs. 1 BGB, die den Beratungsvertrag mit sofortiger Wirkung beendet hat:**

- a) Die Beklagte hat die Kündigung damit begründet, daß aus ihrer Sicht „das für die Fortsetzung der Verträge notwendige Vertrauensverhältnis ... nachhaltig gestört“ sei. Damit hat sie erkennbar auf den Gesichtspunkt abgehoben, der Anlaß für eine Kündigung nach § 627 Abs. 1 BGB zu sein pflegt.
- b) Der Steuerberatungsvertrag ist regelmäßig ein **Dienstvertrag**, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hat (BGHZ 115, 382, 386 = NJW 1992, 307, 308). Der Steuerberater hat dem Mandanten Dienste höherer Art zu leisten, die aufgrund besonderen Vertrauens übertragen zu werden pflegen. Er steht regelmäßig – und auch hier – **nicht in einem dauernden Dienstverhältnis mit festen Bezügen** (BGH, WM 1993, 515, 516 = NJW-RR 1993, 374; zu einem Fall mit festen Bezügen vgl. OLG Saarbrücken StB 1990, 162). Damit fällt das Dienstverhältnis zwischen ihm und seinem Mandanten unter § 627 BGB.
- c) Die Kündigung eines solchen Dienstverhältnisses ist nach § 627 Abs. 1 BGB jederzeit möglich und nicht an besondere Voraussetzungen geknüpft. Sie war hier auch nicht durch die abweichende Vereinbarung in Nr. 3. des Steuerberatungsvertrages der Parteien vom 16. 3. 1989 ausgeschlossen:
- aa) Auf den Vertrag, aus dem der Kläger seine Gebührenansprüche herleitet, ist das AGB-Gesetz anzuwenden, weil er allem Anschein nach (vgl. BGH WM 1992, 1989, 1992) ein von dem Kläger verwendeter und der Beklagten bei Vertragsschluß gestellter Formularvertrag ist. Die Vertragsurkunde trägt – wie auch die beiden anderen Urkunden über die Verträge mit ... und den Eheleuten B. – oben links ein Kürzel, das offensichtlich allgemein deren Verwendung kennzeichnet („KapG“ = Kapitalgesellschaft). Im Text ist *die* Beklagte als *der* Auftraggeber bezeichnet. Aufbau und Wortlaut stimmen weitgehend mit dem des Vertrages mit den Eheleuten B. überein. Von der Firma der Beklagten und dem Beginn des Vertragsverhältnisses abgesehen **enthält der Vertrag keine individuellen, auf die Belange der Beklagten zugeschnittenen Vereinbarungen**.
- bb) Der Kläger hat auch nichts vorgetragen, was den durch die Vertragsgestaltung hervorgerufenen **Anschein eines von ihm verwendeten Formularvertrages** in Frage stellen könnte.
- Insbesondere hat er nicht nachvollziehbar dargetan, in welcher Weise er und die Beklagte das Kündigungsrecht nach § 627 BGB

durch Individualvereinbarung ausgeschlossen hätten. Im Zweifel wußte die nicht rechtskundige Geschäftsführerin der Beklagten nicht, was in § 627 BGB geregelt ist. Daß sie sich mit einer Vereinbarung, nach der sie den Beratungsvertrag selbst dann nicht kündigen konnte, wenn sie das Vertrauen zu dem Kläger verloren hatte, ausdrücklich einverstanden erklärt haben soll, liegt erkennbar fern.

- cc) **Nach herrschender Meinung, die der Senat teilt, kann das Kündigungsrecht nach § 627 BGB nicht formularmäßig ausgeschlossen werden** (OLG Koblenz NJW 1990, 3153 und DStR 1993, 667; OLG Hamm DStR 1993, 852; Ulmer/Brandner/Hensen, AGBG, 7. Aufl. [1993], Anh. §§ 9 – 11 Rdnr. 685; Kötz, in: MünchKomm, BGB, 3 Aufl. [1993], § 9 AGBG Rdnr. 38; Stein, in: Soergel, BGB, 12. Aufl. [1991], § 9 AGBG Rdnr. 107, 99; Erman-Harnau, BGB, 9. Aufl. [1993], § 627 Rdnr. 11; Erman-Hefermehl a.a.O., § 9 AGBG Rdnr. 25; Palandt-Putzo, BGB, 52. Aufl. [1993], § 627 Rdnr. 5; a. A. LG Aachen StB 1990, 9, mit abl. Anm. Gilgan; offen gelassen in BGH WM 1993, 515, 517 = NJW-RR 1993, 374, 375 und in OLG Düsseldorf [18. ZS] GI 1991, 42 = StB 1991, 52, 54). Der formularmäßige Ausschluß des Kündigungsrechts ist nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 AGBG unwirksam, weil er mit wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung, von der abgewichen wird, nicht zu vereinbaren ist. Dem § 627 BGB liegt der Gedanke zugrunde, daß bei Diensten, die nur aufgrund besonderen Vertrauens übertragen zu werden pflegen, dem Dienstberechtigten eine Kündigung gestattet sein müsse, wenn er – aus welchen Gründen auch immer – dieses Vertrauen verloren habe (BGHZ 106, 341, 346 = NJW 1989, 1479). Das sogar strafrechtlich geschütztes (§ 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB) Vertrauen des Mandanten zählt damit zu den unverzichtbaren Grundlagen eines Steuerberatungsvertrages. Ein formularmäßiger Ausschluß der Kündigung mangels Vertrauens würde den Mandanten aber zwingen, einem Steuerberater, dem er *nicht mehr* vertraut, zur Erledigung der vereinbarten Dienste weiterhin Einblick in seine Berufs-, Geschäfts-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu gewähren, wenn er nicht hinnehmen will, daß der Steuerberater die vereinbarte Vergütung auch ohne Gegenleistung erhält (vgl. BGH WM 1993, 515, 517 = NJW-RR 1993, 374, 375). Beides – Zusammenarbeit trotz Vertrauensverlustes oder Vergütung, unter Umständen einen längeren Zeitraum, ohne Gegenleistung – würde sich in unzumutbarer Weise von dem wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung entfernen.

3. Unstreitig hat der Kläger ab August 1990 keine Leistungen mehr erbracht. Damit ist ab diesem Zeitpunkt auch sein Vergütungsanspruch weggefallen. Daß, wie und in welcher Höhe ihm durch die Kündigung ein Schaden im Sinne von § 627 Abs. 2 BGB entstanden sei, hat der Kläger nicht dargetan.
4. Die neue Berechnung der Buchführung 1990 in der Rechnung des Klägers vom 25. 11. 1991 ergibt für die Monate Januar bis Juli 1990 keinen höheren Gebührenanspruch, als in der ursprünglichen Rechnung vom 26. 9. 1990 angesetzt. Nach § 628 Abs. 1 S. 1 BGB kann der Kläger nur den seinen bisherigen Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung verlangen. Bei Buchführung für 7 Monate sind das (nur) die $(7/12 \times 22.572 \text{ DM}) = 13.167 \text{ DM}$, die der Kläger schon unter dem 26. 9. 1990 berechnet hat.

B. Berufung der Beklagten

I.

Soweit das Landgericht der Klage stattgegeben hat, ist die Berufung der Beklagten teilweise begründet:

1. Aufgrund seiner Tätigkeit für das Geschäfts- und Steuerjahr 1989 (Rechnung vom 26. 9. 1990) stehen dem Kläger als Gebühren (nur) zu:

Buchführung 1989	10/10	25.872,00 DM
Jahresabschluß 1989	23/10	4.192,00 DM
Abschlußvorarbeiten		140,00 DM
Postgebühren	12 x 40 DM	480,00 DM
		<u>30.684,90 DM</u>
abzügl. gezahlter		<u>- 16.800,00 DM</u>
		13.884,90 DM
zzgl. 14 % MwSt.		<u>1.943,89 DM</u>
		15.828,79 DM

- a) Der Gebührenanspruch nach § 33 Abs. 1 StBGebV für die Buchführung (Pos. 1 der Rechnung) ist unstreitig.
- b) Bei den Abschlußarbeiten (Pos. 2 der Rechnung) steht dem Kläger nur die Gebühr nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 a StBGebV für die Aufstellung des Jahresabschlusses zu. Für die übrigen Abschlußarbeiten (Anhang, Lagebericht, Erläuterungsbericht) kann der Kläger keine Vergütung verlangen. **Bei jeder einzelnen Angelegenheit entsteht**

der **Gebührenanspruch erst, wenn der Steuerberater in dieser Angelegenheit seine Tätigkeit aufgenommen hat** (Eckert/Böttcher, StBGebV, 2. Aufl. [1989], § 12 Rdnr. 4) Der Kläger behauptet aber nicht einmal, daß er bei Beendigung des Steuerberatungsvertrages mit den genannten Tätigkeiten schon begonnen hatte. Ob er aufgrund der – unklaren und möglicherweise gegen § 4 Abs. 1 S. 1 StBGebV verstoßenden – Gebührenvereinbarung in Nr. 1.01 des Steuerberatungsvertrages der Parteien auch eine Vergütung für Abschlußarbeiten verlangen könnte, die er nicht erbracht hat, kann dahinstehen. Denn der Kläger hat seine Rechnung nicht auf diese Vereinbarung, sondern auf die Gebührentatbestände der StBGebV gestützt.

Daß der Kläger den **Jahresabschluß nur im Entwurf** abgeliefert hat, ist **unerheblich, weil die Gebühr mit Aufnahme der Tätigkeit bereits entstanden war** (s. o.). Mangels gegenteiliger Anhaltspunkte ist von der Mittelgebühr (23/10) auszugehen.

- c) Daß Abschlußvorarbeiten (Pos. 3 der Rechnung) angefallen sind, hat die Beklagte nicht bestritten. Der angesetzte Zeitaufwand ist bei der nach § 287 Abs. 2 ZPO gebotenen Schätzung nicht zu beanstanden.
- d) Für die **angeblich „erarbeiteten“** S. 3 d. Schriftsatzes v. 30. 4. 1993) **Steuererklärungen** (Pos. 4 – 7, 11 der Rechnung) steht dem Kläger keine Vergütung zu. Zwar mag der Gebührenanspruch entstanden sein. **Er ist jedenfalls nicht fällig geworden, weil der Kläger diese Arbeitsergebnisse weder abgeliefert noch der Beklagten angeboten hat;** das Angebot, sie dem Senat vorzulegen (S. 4 d. Schriftsatzes vom 30. 4. 1993), reichte dazu nicht aus.
- e) Die Postpauschale kann der Kläger nur zwölfmal verlangen.
2. Aufgrund seiner Tätigkeit für das Geschäfts- und Steuerjahr 1990 (Rechnung vom 26. 9. 1990) stehen dem Kläger als Gebühren (nurl) zu:
- | | | |
|-------------------------|-----------|---------------------|
| Buchführung 1/90 – 7/90 | 10/10 | 13.167,00 DM |
| Postpauschale | 7 x 50 DM | 280,00 DM |
| | | <u>13.447,00 DM</u> |
| abzügl. gezahlter | | <u>2.800,00 DM</u> |
| | | 10.647,00 DM |
| zzgl. 14 % MwSt. | | <u>1.490,58 DM</u> |
| | | 12.137,58 DM |

Formell ist die Rechnung vom 26. 9. 1990 über die Buchführung für die Monate Januar bis Juli 1990 nicht zu beanstanden. Sachliche Einwände hat die Beklagte nicht erhoben. Abzusetzen sind aber die beiden Zahlungen von je 1.400 DM zzgl. MwSt. im März und April 1990, die durch die überreichten Kontoauszüge hinreichend belegt und auch nicht bestritten sind.

3. Der – unstreitige – Gebührenanspruch des Klägers aufgrund seiner Teilnahme an der Lohnsteueraußenprüfung (Rechnung vom 23. 8. 1990) ist durch die erklärte (S. 5 der Berufungsbegründung der Beklagten) Hilfsaufrechnung mit dem Guthaben der Eheleute B. aus dem Verkauf des Hauses X. (S. 2 des Schreibens der Widerbeklagten vom 30. 10. 1990) erloschen. Daß dieser Anspruch an die Beklagte abgetreten war, hat der Kläger nicht bestritten. Daß die Beklagte in erster Linie ein Zurückbehaltungsrecht geltend gemacht hat, ist unerheblich, weil **bei beiderseitigen Geldforderungen die Ausübung des Zurückbehaltungsrechts regelmäßig als Aufrechnungserklärung anzusehen ist** (Selb, in: Staudinger, BGB, 12. Aufl. [1979], § 273 Rdnr. 2; Keller, in: MünchKomm, BGB, 2. Aufl. [1985], § 273 Rdnr. 62) und kein Anlaß besteht, von dieser Regel abzuweichen.
4. Auf die berechnete Gebührenforderung des Klägers von
15.828,79 DM + 12.137,58 DM = 27.966,37 DM
hat die Beklagte ab dem 16. 1. 1991 nach §§ 284, 288 Abs. 1 S. 1 BGB 4 % **Verzugszinsen** zu zahlen. Soweit der Kläger einen **4 % übersteigenden Verzugschaden** behauptet, rechtfertigt sein tatsächliches Vorbringen nicht den Klageantrag. **Ein Gläubiger, der seinen Zinschaden darauf stützt, daß er Bankkredit in Anspruch nehme, muß nicht nur seine Eigenverschuldung und den dafür gezahlten Zinssatz, sondern auch darlegen und beweisen, daß und wie er beabsichtigt, bei rechtzeitiger Zahlung des Schuldners den Kredit entsprechend abzutragen** (BGH WM 1991, 1005, 1006). Letzteres ist nicht nachvollziehbar dargetan. Daß das Konto des Klägers bei der **Dresdner Bank** durchgängig mit mehr als 28.000 DM im Soll gestanden habe, mag richtig sein. **Auf den Rechnungen des Klägers ist aber ein Konto bei der Deutschen Bank** angegeben, auf das die Beklagte zahlen sollte. Im Falle der Zahlung hätte der Kläger demnach Sollzinsen nur erspart, wenn (und soweit) *entweder* auch dieses Konto im Soll gestanden hätte *oder* der Kläger Eingänge auf diesem Konto stets auf das bei der Dresdner Bank überwiesen hätte. Beides hat der Kläger nicht behauptet.

II.

Soweit das Landgericht die erste Stufe (Auskunft) der Stufenwiderklage gegen den Kläger abgewiesen hat, ist die Berufung der Beklagten begründet. Dabei kann dahinstehen, ob die gezahlten Gelder aus dem Betriebsvermögen der Beklagten oder dem Privatvermögen stammten. Denn die Eheleute B., und ..., haben ihre Ansprüche gegen den Kläger in zulässiger Weise an die Beklagte abgetreten:

1. In diesem Zusammenhang sind nur zwei Zahlungen von Interesse: 260.000 DM in bar, gezahlt am 19. 9. 1988 auf das Unterkonto des Klägers bei der Deutschen Bank, und 216.600 DM per Scheck, eingereicht bei der Deutschen Bank am 30. 8. 1989. Die in erster Instanz zunächst aufgestellte Behauptung der Beklagten, im April 1989 seien (weitere) 190.000 DM per Scheck gezahlt worden, beruhte erkennbar auf einem Informationsirrtum ihres Anwalts. Denn der hat sogleich (a.a.O.) ausgeführt, die 190.000 DM seien der Kaufpreis für Bagger und Maschinen der ... gewesen, und das waren nach überreichten Unterlagen

Rechnung vom 30.11.1988	60.000 DM
Rechnung vom 20.12.1988	130.000 DM
	<u>netto 190.000 DM</u>
zzgl. 14 % MwSt.	26.600 DM
	<u>216.600 DM</u>

Später hat die Beklagte auch ausdrücklich klargestellt, daß sie (nur) zwei Zahlungen „über die Widerbeklagten“ geleistet habe (S. 2/3 des Schriftsatzes vom 4. 6. 1992). Die weiteren 400.000 DM, von denen die Rede ist, hat ... nach den insoweit übereinstimmenden Angaben der Parteien (Schreiben der Widerbeklagten vom 12. 6. 1990 und Schriftsatz der Beklagten vom 19. 9. 1991) direkt dem Sachbearbeiter des Finanzamts übergeben.

2. Die Zahlungen von (zusammen netto) 450.000 DM sind in das Vermögen des Klägers gelangt. Nach seinem eigenen Vorbringen (S. 2 des Schriftsatzes vom 6. 7. 1992) sind sie einem im September 1988 eröffneten Unterkonto („/12“) seines Girokontos ... bei der Deutschen Bank gutgeschrieben worden. **Inhaber und Verfügungsberechtigter eines Unterkontos ist regelmäßig der Inhaber des Hauptkontos, zu dem es eingerichtet worden ist** (BGHZ 61, 72, 75; BGH WM 1975, 1200; BGH WM 1985, 688; Baumbach/Duden/Hopt, HGB, 28. Aufl. [1989], Anh. Bank-Gesch. Anm. II 2 A; Bankrecht u. Bankpraxis, Bd. I

Rdnr. 2/28; vgl. auch BGH wistra 1988, 26). Daß ... nach dem Schreiben der Deutschen Bank an den Kläger vom 17.3.1992 zeitweilig gemeinsam mit Frau X Kontovollmacht hatte, ist unerheblich. Denn nach dem Schreiben der Deutschen Bank vom 17.3.1992 an den Kläger hatte die „Herrschaft“ über das Konto offenbar stets ihm, dem Kläger, zugestanden („... haben Sie ... die Vollmacht für Frau ? gestrichen ...“).

3. Der Kläger hat die Gelder zur treuhänderischen Verfügung erhalten. Denn das Unterkonto war, wiederum nach seinem eigenen Vortrag (S. 2 des Schriftsatzes vom 6.7.1992), allein dazu bestimmt gewesen, die Zahlungen der ?? abzuwickeln.
4. **Nach §§ 675, 666 BGB hat der Treuhänder seinem Auftraggeber nach Ausführung des Auftrags auf Verlangen Rechenschaft abzulegen.** Frau ? hat unstreitig Auskunft über die Verwendung der Gelder verlangt. Der Kläger hat bisher keine Auskunft erteilt:
 - a) Das Schreiben der Widerbeklagten vom 12.6.1990 mag als Erklärung des Klägers verstanden werden, denn er hat es unterzeichnet. Dort hat die Widerbeklagte aber nur mitgeteilt daß Frau „für Kosten, Gebühren, lfd. Steuern ab 1988 etc. ca. 144.000 DM“ gezahlt habe. **Der Kläger ist aber zunächst einmal verpflichtet, Auskunft über die Bewegungen auf seinem Unterkonto zu erteilen.** Dazu fehlt bisher jede Angabe. Die Frage, ob die Beklagte – oder Frau X – auf die Auskunft angewiesen ist, stellt sich nicht. Denn der Anspruch des Auftraggebers auf eine Abrechnung ist nicht davon abhängig, ob er selbst imstande ist, Einnahmen und Ausgaben nachzuvollziehen. Im übrigen könnte die Beklagte das auch nicht, denn der Kläger hatte die Vollmacht für Frau X schon am 29.3.1989, also vor der zweiten Zahlung (vom 28.8.1989), „gestrichen“.
 - b) Die Auskunft in dem Schreiben der Widerbeklagten wäre im übrigen unzureichend, weil unvollständig gewesen. Wer verpflichtet ist, über eine mit Einnahmen oder Ausgaben verbundene Verwaltung **Rechenschaft abzulegen, hat dem Berechtigten nach § 259 Abs. 1 BGB eine die geordnete Zusammenstellung der Einnahmen oder der Ausgaben enthaltende Rechnung mitzuteilen.** Die (Ab-) Rechnung muß zweckmäßig und übersichtlich aufgegliedert sein (BGH NJW 1982, 573, 574), sowohl bei den Einzelangaben als auch insgesamt klar, übersichtlich und aus sich heraus verständlich

sein (BGH a.a.O.), die Entwicklung zum Ist-Zustand verfolgen lassen (OLG Köln NJW-RR 1989, 528), und sie muß vor allem vollständig sein (BGHZ 92, 62, 69). Zumindest letzteres ist hier nicht der Fall. Denn daß die Mitteilung, für die GmbH seien „für Kosten, Gebühren, lfd. Steuern ab 1988 etc. ca. 144.000 DM“ gezahlt worden, nicht den oben dargestellten Anforderungen an eine Abrechnung entspricht, bedarf keiner weiteren Begründung.

5. Die Beklagte kann die Auskunft allerdings nur von dem Kläger verlangen. Denn mangels gegenteiliger Anhaltspunkte war nur er Inhaber des Unterkontos und Treuhänder der dort eingezahlten Gelder.

Steuerberatungsvertrag

- Kündigungsrecht, § 627 BGB
 - Ausschluß des § 627 BGB
 - klare Vertragsformulierung
- (OLG Hamm, Urt.v. 4. 3. 1994 – 25 U 47/93)

Leitsatz (d.Verf.):

Der Steuerberatungsvertrag muß das Kündigungsrecht des Mandanten gem. § 627 BGB ausdrücklich ausschließen; zumindest muß der Vertragsinhalt mit hinreichender Sicherheit auf einen dahingehenden übereinstimmenden Willen der Parteien schließen lassen.

Aus den Gründen:

.....

Er kann von der Beklagten nicht gemäß §§ 675, 632 Abs. 2 BGB aufgrund des Steuerberatervertrages die Erfüllung der unter dem 18. 12. 1991 berechneten Honorarforderungen verlangen. Mit den Rechnungen vom 18. 12. 1991 hat der Kläger Honoraransprüche wegen der Jahresabschlüsse und Steuererklärungen für die Jahre 1985 bis 1989 und wegen der Buchhaltungsarbeiten für die Zeit vom 1. 7. 1984 bis zum 30. 6. 1989 beziffert, also für einen Zeitraum, in dem er unstreitig die entsprechenden Leistungen für die Beklagte nicht mehr erbracht hat.

Seine Auffassung, die Beklagte sei ihm insoweit vergütungspflichtig, weil sie das zwischen den Parteien bestehende Vertragsverhältnis erst zum Ablauf des Jahres 1989 gekündigt habe, hält einer rechtlichen Überprüfung nicht stand.

Die Beklagte, die behauptet, bereits in den Jahren 1984 und 1985 mündlich die Kündigung des Beratungsvertrages erklärt zu haben, hat jedenfalls mit dem zur Akte gereichten Anwaltsschreiben vom 27.2.1989 die Kündigung des Vertragsverhältnisses „zum nächstmöglichen Termin“ ausgesprochen.

Gemäß § 627 Abs. 1 BGB war die Beklagte, ohne daß es eines Kündigungsgrundes bedurfte, zur fristlosen Kündigung des Steuerberatungsvertrages berechtigt. Gemäß § 627 Abs. 1 BGB ist bei einem Dienstverhältnis die Kündigung ohne wichtigen Grund jederzeit möglich, wenn der zur Dienstleistung verpflichtete, der nicht in einem dauernden Dienstverhältnis mit festen Bezügen steht, Dienste höherer Art zu leisten hat, die aufgrund besonderen Vertrauens übertragen zu werden pflegen. Diese Voraussetzungen sind bei einem auf Dauer angelegten Steuerberatungsvertrag gegeben, und zwar auch dann, wenn – wie hier – monatliche Abschläge auf die Vergütungsforderung geleistet werden; diese Abschläge stellen keine festen Bezüge des Steuerberaters dar, weil dessen Honoraranspruch unabhängig von der Höhe der Abschlagszahlungen nach der Steuerberatergebührenverordnung anhand des jeweiligen Gegenstandswertes zu errechnen ist.

Das Kündigungsrecht gemäß § 627 BGB kann zwar durch vertragliche Vereinbarung abbedungen werden. Mit den zwischen den Parteien bestehenden Vertragsabsprachen ist diese Kündigungsmöglichkeit jedoch nicht ausgeschlossen.

Gemäß Ziffer 3 des Vertrages vom 24. 5. 1978 sollte das Vertragsverhältnis zunächst bis zum 31. 12. 1978 gelten und sich, sofern es nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Vertragszeit gekündigt wurde, jeweils um ein Jahr verlängern. In den vorformulierten Allgemeinen Bedingungen dieses Vertrages und ebenso in den „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften, Stand 1. 11. 1982“, welche die Beklagte Anfang 1983 ohne Widerspruch entgegengenommen hat, heißt es jeweils in Ziffer 10 Abs. 2:

„Ein auf unbestimmte Zeit abgeschlossener Vertrag kann von jedem Vertragspartner mit einer Frist von 3 Monaten zum Schluß eines Kalendervierteljahres gekündigt werden, soweit nicht etwas anderes vereinbart wird. Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.“

Der Bundesgerichtshof hat in einer Entscheidung vom 19.11.1992 (IX ZR 77/92 – veröffentlicht in NJW-RR 1993, S. 374 f.) eine entsprechende Regelung dahingehend ausgelegt, die Kündigungsmöglichkeit gemäß § 627 BGB werde damit nicht eingeschränkt.

Der Senat schließt sich dem auch hinsichtlich des hier zu beurteilenden Vertragsverhältnisses an. **Mit der vertraglichen Regelung ist das Kündigungsrecht der Beklagten gemäß § 627 BGB nicht ausdrücklich ausgeschlossen.** Auch eine Auslegung des Vertrages gemäß §§ 133, 157 BGB nach den Grundsätzen von Treu und Glauben unter Berücksichtigung der Verkehrssitte und der beiderseitigen Parteiinteressen läßt nicht mit hinreichender Sicherheit auf einen dahingehenden übereinstimmenden Willen der Parteien schließen. **Für den Mandanten des Steuerberaters kann der Ausschluß der jederzeitigen Kündigungsmöglichkeit gemäß § 627 BGB, insbesondere wenn das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien gestört ist, erhebliche Nachteile mit sich bringen.** Der Mandant müßte dem Steuerberater für einen weiteren nicht unbeträchtlichen Zeitraum – der im vorliegenden Fall gemäß Ziffer 3 der Vereinbarung vom 24. 5. 1978 zumindest ein Jahr betragen soll – Einblick in seine Geschäfts- und Vermögensverhältnisse gewähren, wenn er nicht hinnehmen will, daß der Steuerberater die vereinbarte Vergütung auch ohne Gegenleistung erhält. Unter Berücksichtigung dieser Interessenlage läßt sich ohne Hinzutreten weiterer Umstände nicht feststellen, daß der Kläger aus seiner Empfängersicht annehmen durfte, die Beklagte wolle, als sie den Vertrag unterzeichnete, auch auf die Kündigungsmöglichkeit gemäß § 627 BGB verzichten.

Nach der wirksamen Kündigung des Steuerberatervertrages gemäß § 627 BGB kann der Kläger gemäß § 628 Abs. 1 S. 1 BGB – unabhängig davon, ob er sich darauf eingerichtet hat, auch künftig für die Beklagte tätig zu werden – nur einen seinen bisherigen Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung verlangen. Die geltend gemachten Ansprüche im Hinblick auf nicht mehr ausgeführte Leistungen stehen ihm also nicht zu.

Anmerkung:

Das OLG Hamm hat bereits im Urteil vom 15. 5. 1992 – 25 U 172/91 – den formularmäßigen Ausschluß des Kündigungsrechts aus § 627 BGB als Verstoß gegen § 9 AGB-Gesetz abgelehnt (vgl. DStR 1993, 852).

Notarhaftung

- Formulierungspflicht, § 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG
 - Kausalzusammenhang: Pflichtwidrigkeit – Schaden
 - Mißverständnis d. Beteiligten?
- (OLG Köln, Urt. v. 13.1.1994 – 7 U 157/93)

Leitsatz (d.Verf.):

Verstößt der Notar gegen die sog. Formulierungspflicht, wird hierdurch kein Schaden verursacht, wenn die beurkundete Erklärung von den Beteiligten, auf deren Verständnis es ankommt, tatsächlich nicht mißverstanden wird.

Tatbestand:

Der Kläger nimmt den Beklagten auf Schadenersatz wegen Amtspflichtverletzung in Anspruch.

Der Kläger gewährte Herrn N. im Juli 1987 ein Darlehen in Höhe von 50.000,00 DM. Er nahm dazu seinerseits ein Darlehen in gleicher Höhe bei der Sparkasse B. auf. N. verpflichtete sich, das Darlehen ratenweise unmittelbar an die Sparkasse zurückzuzahlen. Seine Ehefrau, die Zeugin N., war bereit, an einem ihr gehörenden Grundstück in W. eine Grundschuld zu bestellen, die dem Kläger als Sicherheit dienen sollte. Mit der Beurkundung wurde der Beklagte beauftragt.

Der Beklagte fertigte eine Urkunde über die Bestellung einer Eigentümergrundschuld und eine davon getrennte Abtretungserklärung. Ziffer 2 der Grundschuldbestellungsurkunde lautet:

„Der zu bildende Grundschuldbrief ist vom Grundbuchamt dem Gläubiger zu Händen des Notars auszuhändigen.“

In der von ihm beglaubigten Abtretungserklärung der Zeugin N. heißt es unter anderem:

„Ich trete hiermit die vorgenannte Grundschuld nebst den Zinsen vom Tage der Eintragung an mit allen Rechten und Ansprüchen aus der Grundschuldbestellungsurkunde – auch soweit sie die Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung in das persönliche Vermögen betreffen – unter Übergabe des Grundschuldbriefs an Herrn Rechtsanwalt S. ... ab und bewillige und beantrage die Eintragung dieser Abtretung in das Grundbuch.“

Dem Kläger übersandte der Beklagte mit Begleitschreiben („Notarbestätigung“) vom 6. 7. 187 eine Ausfertigung der Grundschuldbestellungsurkunde und das Original der Abtretungserklärung. Den ihm später vom Grundbuchamt übermittelten Grundschuldbrief übergab er N. in Vertretung für dessen Ehefrau. Im August 1990 stellte N. seine Zahlungen an die Sparkasse B. ein. Für den offen gebliebenen Restbetrag kam der Kläger auf, der den Beklagten dafür verantwortlich macht, daß ihm der Brief nicht ausgehändigt wurde.

Mit seinem erstinstanzlichen Klageantrag hat der Kläger den von ihm erlittenen Schaden auf 32.325,20 DM beziffert. Das Landgericht hat der Klage in Höhe von 30.110,20 DM stattgegeben. Es hat gemeint, dem Beklagten falle ein Verstoß gegen § 17 BeurkG zur Last, weil die Grundschuldbestellungsurkunde einen mehrdeutigen Inhalt habe. Im Hinblick auf die gleichzeitig von ihm beglaubigte Abtretungserklärung sei zweifelhaft, wer als „Gläubiger“ im Sinne der Ziffer 2 anzusehen sei. Der Beklagte sei verpflichtet gewesen, den Kläger darüber zu belehren, wie die Urkunde zu verstehen sei, und ihn darauf hinzuweisen, daß er den Brief nicht ihm, sondern der Zeugin N. aushändigen werde. Der Beklagte habe dem Kläger deshalb den durch den Ausfall der Sicherheit entstandenen Schaden zu ersetzen. Nur der Höhe nach enthalte die Schadenberechnung des Klägers einen unzutreffenden Posten.

Der Beklagte verfolgt mit der Berufung seinen Klageabweisungsantrag weiter. Der Kläger hat seinen mit der Berufung ursprünglich weiterverfolgten erstinstanzlichen Antrag in der mündlichen Verhandlung auf den Ausspruch über die Zinsen beschränkt.

Aus den Gründen:

Beide Rechtsmittel sind zulässig. Sachlichen Erfolg hat nur die Berufung des Beklagten, die zur Klageabweisung führt.

Dabei kann im Ergebnis dahinstehen, ob dem Beklagten ein Verstoß gegen die ihm nach § 17 BeurkG obliegenden Pflichten zur Last fällt. Richtig ist, daß die sogenannte Formulierungspflicht (§ 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG) verletzt wäre, wenn im Hinblick auf die Abtretungserklärung zweifelhaft wäre, wer als „Gläubiger“ im Sinne der Ziffer 2 der Grundschuldbestellungsurkunde anzusehen ist. § 17 Abs. 1 Satz 2 BeurkG erlegt dem Notar ausdrücklich die Verpflichtung auf, „Irrtümer und Zweifel“ bei der Beurkundung zu vermeiden. **Ein Verstoß gegen die Formulierungspflicht ist aber folgenlos und unschädlich, wenn die beurkundete Erklärung zwar – objektiv – mißverständlich ist, von dem Beteiligten, auf**

dessen Verständnis es ankommt, aber tatsächlich nicht mißverstanden wird. Der vom Kläger erlittene Schaden wäre nur dann ursächlich auf die Formulierung der Ziffer 2 der Grundschuldbestellungsurkunde zurückzuführen, wenn er tatsächlich angenommen hätte, daß mit der Bezeichnung „Gläubiger“ nicht die Zeugin N. als Bestellerin und Zedentin der Grundschuld, sondern er als Abtretungsempfänger gemeint sei. Davon kann schon nach dem eigenen Vorbringen des Klägers nicht ausgegangen werden.

Der Kläger läßt einen ausreichend nachvollziehbaren Sachvortrag dafür vermissen, wie er sich den weiteren Geschehensablauf im Anschluß an die Beurkundung vom 2. 7. 1987 vorgestellt hat. Bei der Auszahlung des Darlehens müßte er in der Vorstellung gehandelt haben, zu irgendeinem späteren Zeitpunkt noch in den Besitz des Briefes zu gelangen. Dazu trägt er vor, er sei davon ausgegangen, daß der Beklagte den Brief entweder an ihn übersenden oder für ihn verwahren werde. Mit diesem Vortrag ist aber sein eigenes Verhalten nicht zu vereinbaren. Hätte er tatsächlich angenommen, der Brief werde ihm übersandt, so wäre er nicht bis November 1990, also **mehr als 3 Jahre, untätig geblieben**, sondern hätte irgendwann nach dem Verbleib gefragt. Ebenso wenig kann ihm abgenommen werden, daß er geglaubt haben will, der Beklagte halte den Brief für ihn in Verwahrung. Eine derartige Fehlvorstellung kann er schon deshalb nicht gehabt haben, weil er als Rechtsanwalt jedenfalls mit den Grundzügen notarieller Tätigkeit vertraut ist und deshalb weiß, **daß – ohne besonderen Auftrag – die dauernde Verwahrung von Grundpfandbriefen nicht zu den Amtsgeschäften des Notars gehört.** Darüberhinaus war der Kläger, wie er nicht in Abrede gestellt hat, als Rechtsberater einer Bauträgergesellschaft tätig und hatte dabei unter anderem die Funktion eines Treuhänders inne, der für die Zwischen- und Endfinanzierung der Objekte zu sorgen hatte. **Von daher war er mit den Gepflogenheiten bei der Absicherung von Krediten und dem Umgang mit Grundpfandbriefen bestens vertraut.**

Wie wenig plausibel sein Verhalten vor diesem Hintergrund erscheint, hat der Senat dem Kläger in der mündlichen Verhandlung vorgehalten. Zu einer befriedigenden Erklärung hat er sich nicht in der Lage gezeigt. Der Senat hat sich deshalb nicht davon zu überzeugen vermocht, daß der Kläger anders gehandelt hätte, wenn der Beklagte der Grundschuldbestellungsurkunde eine klarere Fassung gegeben hätte. Im Ergebnis hat der Kläger damit jedenfalls den ihm obliegenden Beweis für den Kausalzusammenhang zwischen Schaden und Pflichtverletzung nicht geführt.

Notarhaftung

- Parteiwille
- fehlerhafte Beurkundung

(LG Braunschweig, Urt. v. 17.3.1993 – 3 O 353/92)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Behauptet die Vertragspartei, der Notar habe fehlerhaft beurkundet, muß sie darlegen und beweisen, daß der „wahre Parteiwille“ dem Notar bekannt war oder bekannt gemacht wurde.
2. Klare Formulierungen, die keine Zweifel über den Urkundsinhalt aufkommen lassen, müssen die Partei veranlassen, ihren abweichenden Parteiwillen darzulegen.

Tatbestand:

Die Klägerin verlangt von dem beklagten Notar Schadenersatz aus fehlerhafter Beurkundung.

Die Klägerin und ihr Ehemann lebten im Dezember 1986 in Scheidung. Zur Vereinfachung und Beschleunigung des Scheidungsverfahrens schlossen die Klägerin und ihr damaliger Ehemann in Form einer notariellen Urkunde eine Vereinbarung. Diese wurde von dem beklagten Notar formuliert und beurkundet.

§ 1 dieser notariellen Vereinbarung beinhaltet einen Unterhaltsverzicht, § 3 der Vereinbarung bestimmt, daß die Klägerin die beiden Geschäftsanteile ihres damaligen Ehemannes an einem Seniorenwohnheim übernimmt. Der damalige Ehemann der Klägerin war alleiniger Gesellschafter des in Form einer GmbH geführten Seniorenwohnheims. Im fünften Absatz des § 3 heißt es wörtlich:

„Ein Entgelt wird für die Abtretung der Geschäftsanteile nicht geschuldet.“

Die folgenden §§ des notariellen Vertrages regeln im wesentlichen die Auseinandersetzung der gemeinschaftlichen Vermögensgüter der damaligen Eheleute.

Unter § 11 des notariellen Vertrages findet sich eine sogenannte „Nutzungsvereinbarung“, wonach die Klägerin sich verpflichtet hätte, an ihren damaligen Ehemann in der Zeit vom 1.1.1987 bis zum 31.12.1996 monatlich einen Betrag in Höhe von 7.200,00 DM zu zahlen.

Die Ehe der Klägerin wurde am 2.4.1987 geschieden.

Die Klägerin, die nunmehr Alleingesellschafterin der W. GmbH war, wandelte diese in eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts um, wobei sie 601.250,00 DM als Erwerbskosten bei der Umwandlung der GmbH in eine GbR absetzte.

Von Februar bis Juni 1989 wurde eine Betriebsprüfung durchgeführt.

Die Schlußbesprechung fand am 10. 7. 1989 statt. In dieser Schlußbesprechung, an der sowohl die Klägerin als auch ihr Steuerberater teilgenommen hatten, war der sogenannte Veräußerungsverlust (Kaufpreis der GmbH-Anteile abzüglich Stammkapital) vom Finanzamt in Frage gestellt worden. Das Finanzamt hatte angezweifelt, ob die monatlichen Zahlungen der Klägerin an ihren ehemaligen Ehemann als Zahlungen auf die Übernahme der Geschäftsanteile gewertet werden könne. Die Klägerin hatte als Grundlage für die Ermittlung des Kaufpreises der GmbH-Anteile die Zahlungsvereinbarung der notariellen Urkunde unter § 11 angegeben. Sie war so zu einem abgezinsten Kaufpreis in Höhe von 651.250,00 DM gekommen. Aufgrund der Regelung in § 3 der notariellen Urkunde, daß ein Entgelt für die Abtretung der Geschäftsanteile nicht geschuldet wurde, war das Finanzamt jedoch nicht bereit, der Auffassung der Klägerin in diesem Punkt zu folgen.

Dies schlägt sich auch in dem Prüfungsbericht des Finanzamtes vom 17. 7. 1989, dem Steuerberater der Klägerin am 20. 9. 1989 zugegangen, nieder.

Der Beklagte hat die Einrede der Verjährung erhoben.

Die Klägerin ist der Auffassung, der Notar hätte seine Pflicht zur klaren Beurkundung verletzt und stattdessen durch die Formulierung der §§ 1, 3 und 11 der notariellen Urkunde eine unklare Rechtslage geschaffen. Bei Formulierung der Vereinbarung sei es dem geschiedenen Ehemann der Klägerin darum gegangen, einen Ausgleich für das übertragene Vermögen in Form monatlicher Zahlungen zu erhalten. Bei diesen Zahlungen habe es sich nicht um Unterhaltszahlungen gehandelt. Die Vertragsparteien hätte die monatlichen Zahlungen der Klägerin vielmehr als Kaufpreiszahlungen für den Erwerb des übertragenen Vermögens angesehen. Dies sei dem Beklagten aus vorangegangenen Besprechungen auch bekannt gewesen. Der Beklagte habe versäumt, diesen für ihn erkennbar gewordenen Parteiwillen deutlich zu formulieren.

Die Klägerin errechnet einen Schaden in Höhe von 335.923,00 DM.

Die Klägerin beantragt, den Beklagten zu verurteilen, an die Klägerin 335.923,00 DM nebst 12 % Zinsen ab Zustellung der Klage zu zahlen.

Der Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Er vertritt die Auffassung, er habe den Parteiwillen so beurkundet, wie er ihm erkennbar geworden sei. Er habe in § 3 der notariellen Urkunde den Willen

der Parteien aufgenommen, nämlich daß die Abtretung der GmbH-Anteile unentgeltlich erfolgen sollte. Diese Formulierung sei eindeutig und von den Parteien so gewünscht worden. § 11 betreffe lediglich die Auseinandersetzung bezüglich des gemeinschaftlichen Vermögens der damaligen Eheleute. Das Vermögen, das in § 3 angesprochen wurde, habe jedoch nur im Eigentum des damaligen Ehemannes gestanden.

Soweit der Notar sich später gegenüber dem Finanzamt in anderer Form geäußert habe (der Notar hatte in einem Schreiben nicht ausgeschlossen, daß die Zahlungen auch auf die GmbH-Anteilsübernahme erfolgen sollten), so habe es sich hierbei um ein entschuldbares Versehen gehandelt, da der Beklagte sich an die Sach nicht mehr habe richtig erinnern können.

Zur Ergänzung des Sach- und Streitstandes wird auf die gewechselten Schriftsätze nebst Anlagen Bezug genommen.

Aus den Gründen:

Die Klage ist unbegründet.

1. Dem beklagten Notar ist kein Verstoß aus § 19 I Notarordnung in Verbindung mit § 17 I 1 BeurkdgsG vorzuwerfen. Die Kammer vermag der Auffassung der Klägerin nicht zu folgen, daß dem Beklagten bei Beurkundung und Formulierung der Vereinbarung von Dezember 1986 ein Fehler unterlaufen ist.

Wenn es in § 3 der fraglichen Vereinbarung wörtlich lautet:

„Ein Entgelt wird für die Abtretung der Geschäftsanteile nicht geschuldet“

so vermag diese Formulierung inhaltlich keine Zweifel hervorzurufen. Die Unentgeltlichkeit der Abtretung ist hinreichend und mit aller Deutlichkeit formuliert.

Um einen Verstoß des beklagten Notars gegen seine Pflichten darzulegen, hätte die Klägerin behaupten und unter Beweis stellen müssen, daß bezüglich des § 3 ein anderer Parteiwille bei der Beurkundung vorhanden war, der dem Notar auch bekannt wurde und von diesem dennoch fehlerhaft aufgenommen worden war.

So, wie die Klägerin es gegenüber dem Finanzamt dargestellt hat, hätte aber die **gesamte** Zahlung des § 11 Gegenleistung für die Abtretung der GmbH-Anteile sein sollen. Die Klägerin hätte darlegen und unter Beweis stellen müssen, daß dieser Wille gegenüber dem beklagten Notar auch deutlich geworden ist.

Derartiges hat die Klägerin aber noch nicht einmal behauptet. Sie führt vielmehr aus, daß die Zahlungen ein Ausgleich für das übertragene Vermögen sein sollten, die Kaufpreiszahlungen daher für den Erwerb des **übertragenen Vermögens** anzusehen seien.

Tatsächlich wurden aber durch die notarielle Vereinbarung nicht nur die GmbH-Anteile übertragen, sondern ansonsten noch wesentliche Vermögensbestandteile aus dem Vermögen des geschiedenen Ehemannes in das Vermögen der Klägerin übertragen. Von daher ist die Argumentation der Klägerin in sich schon unschlüssig, die gesamten Zahlungen lediglich auf den Erwerb der GmbH-Anteile anrechnen zu wollen.

Die Kammer folgt der Auffassung des Beklagten, daß die Formulierung des § 3 an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt. Die Klägerin, die in kaufmännischen Dingen erfahren war, konnte sich unter dem Begriff „Unentgeltlichkeit der Abtretung“ auch durchaus etwas vorstellen.

Die Kammer vermag auch der Erläuterung des Beklagten dahingehend zu folgen, daß § 11 die Auseinandersetzung gemeinschaftlichen Vermögens betraf und mit der Übertragung der Gesellschaftsanteile, die im Alleineigentum des damaligen Ehemannes standen, nichts zu tun hatten.

2. Eines möglichen Hinweises der Kammer gem. § 139 ZPO an die Klägerin bedurfte es jedoch nicht, da die Kammer davon ausgeht, daß die von dem Beklagten erhobene Verjährungseinrede durchgreift.

Die Kammer setzt in Übereinstimmung mit dem Beklagten den Beginn der Verjährungsfrist mit der Schlußbesprechung zwischen den Betriebsprüfern und der Klägerin und ihrem Steuerberater am 10. 7. 1989 an. Bereits zu diesem Zeitpunkt war das Problem bezüglich der Auslegung des Notarvertrages bekannt. Dies ergibt sich aus dem Betriebsprüfungsprotokoll vom 17. 7. 1989, welches am Ende den ausdrücklichen Vermerk trägt, daß eine Schlußbesprechung am 10. 7. 1989 stattgefunden habe, worin die Ziffer 11 der Prüfungsfeststellungen strittig geblieben seien. Ziff. 11 des Protokolls bezieht sich aber auf den sogenannten Veräußerungsverlust und nimmt hinreichend Stellung zur Wertung des § 3 des Notarvertrages.

Die Verjährungsfrist begann daher am 10. 7. 1989 zu laufen. (Von einem späteren Fristbeginn ist nicht auszugehen, da, auch nach dem eigenen Vortrag der Klägerin, eine anderweitige Ersatzmöglichkeit nicht bestand.)

Die Verjährungsfrist beträgt gem. §§ 19 Abs. 1 Bundesnotarordnung, 852 BGB, drei Jahre. Diese war bei Klageerhebung am 4. 9. 1992 bereits abgelaufen.

GI Hinweis

Die für Herbst 1994 erwartete Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über die Verfassungsmäßigkeit der Einheitswerte ist für viele ein Anlaß zur vorgezogenen Grundstücksübertragung. Vorweggenommene Erbfolge und Erbauseinandersetzungen gehören deshalb z. Zt. zu den wichtigsten Themen auf dem Gebiet des Zivil- und Steuerrechts. Der Beck-Verlag legt von Dr. Sebastian Spiegelberger „Vorweggenommene Erbfolge, Erbauseinandersetzung und Unternehmertestament – Gestaltung nach Zivil- und Steuerrecht –“ vor (341 Seiten, DM 128,-, ISBN-Nr.: 3-406-37946 X). Das Werk verzahnt die zahlreichen zivil- und steuerrechtlichen Risiken und Vorteile der Vermögensnachfolge. Spiegelberger zeigt erprobte und praxisrelevante Gestaltungsmöglichkeiten und gibt konkrete Formulierungsvorschläge. Spiegelberger bewegt sich auf dem Feld großer Haftpflichtgefahren. Seine Erfahrung hat er in dem Buch umgesetzt und sie für den Beratungsfall verfügbar gemacht.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–10, 1994)

Abschlußprüfung		Berufsverbot	
– Krankenhausbilanz	94, 236	– Schuldnerverzeichnis	94, 80
Abtretung		Berufungsschrift	
– d. Honoraranspruchs	94, 72	– für wen und gegen wen	94, 258
Allgemeine Geschäftsbedingungen		– mehrfache	
– Kündigungsrecht	94, 58, 302, 311	– Telefax, Schriftsatz	94, 66
Anlageberatung		Betriebsprüfung	
– Abgrenzung z. Anlagevermittlung	94, 117	– ohne Prüfungsanordnung	94, 104
– Bonitätsprüfung	94, 117	– Verwertungsverbot	94, 104
– Haftungsausschluß	94, 117	Beweislast	
Annahmeverzug		– unterlassene Aufklärung/Belehrung	
– d. Mandanten	94, 126	– Beweisvermutung	94, 3,
– Vergütungsanspruch d. StB	94, 129	– d. Mandanten	94, 243
Anwalt f. Steuerrecht		– Substantiierungspflicht d. StB	94, 243
– Fachgehilfenausbildung	94, 296		187
Anwaltsnotar		– Auftragsumfang	94, 196
– Abgrenzung RA-Haftung	94, 40	– Kausalität	
Architektenhaftung		– z. Pflichtverletzung u. Schaden	94, 4
– Wohnflächenbegrenzung	94, 28	– Zugang beim FA	94, 26
Aufrechnung		Bürgschaft	
– Zurückbehaltung d. Geldes	94, 308	– zur Steuerschuld	94, 75
Bauherrenmodell		Darlegungslast	
– Einkunftszielungsabsicht	94, 19	– Schaden	
– Rückkaufangebot		– fehlerhafte Beteiligung	94, 248
Belehrungspflicht d. StB/WP		Dritthaftung	
– über Fehler des Vorberaters	94, 251	– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	
– Flohmarktbetreiber	94, 228	– Ehefrau d. Mandanten	94, 212
Berufshaftpflichtversicherung		Entnahme	
– Prämienzahlungspflicht	94, 224	– Buchungshandlung	94, 104
		Erfüllungsgehilfe	
		– Notar/Beteiligter	94, 2

Feststellungsklage		
– künftiger Anspruch	94, 2	
Finanzgerichtsordnung		
– Klageerhebung, § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO	94, 152	
Flohmarktbetreiber		
– Umsatzsteuerprobleme	94, 228	
Fristenkontrolle		
– Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch	94, 173	
= Häkchenverfahren	94, 165	
= Organisation	94, 164,	
	167	
– Fristenkontrollbuch	94, 164	
= Frist § 516 ZPO, 6 Mte	94, 39	
– Telefax	94, 258	
– doppelte –	94, 166	
– Fristversäumnis, unverschuldete –		
= Abwesenheitsanschrift	94, 169	
= Beförderung d. Post durch Mitarbeiter	94, 186	
= Fristenkontrollbuch	94, 164,	
	167, 173	
= Poststreik	94, 186	
= Rechtsirrtum, Dipl.-Jurist	94, 186	
– Information des Mandanten	94, 168	
– Information an Mandanten		
= durch einfachen Brief	94, 169	
– Telefax		
= Weisung an Bürokraft	94, 38	
– Weisung an Bürokraft		
= Telefax	94, 38	
Gesamtschuld		
– Fehler des 2. RA	94, 157	
Haftungsbeschränkung		
– Anlageberatung	94, 117	
Honoraranspruch d. StB		
– Abtretung	94, 73	
– Annahmeverzug d. Mandanten		
= keine Nachleistungspflicht	94, 126	
= Vermögensvorteil d. StB	94, 126	
– Aufrechnung		
= mit n. fälliger Honorarforderung	94, 14	
– Buchführung		
= Klärung d. Belege	94, 123	
– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV		
= im Prozeßvortrag	94, 16,	
	123	
– Entstehung d. –	94, 306	
– Fälligkeit, § 7 StBGebV	94, 307	
– Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		
= Buchführungshonorar	94, 125	
= Mittelgebühr, überschreiten der –	94, 133	
– Gegenstandswert		
= fehlender Jahresumsatz	94, 130	
– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV		
= Beweislast	94, 56	
– Tilgung	94, 14	
= kein Verrechnungshinweis	94, 22	
– Unkostenpauschale, § 16 StBGebV		
= jede Steuererklärung	94, 58	
– Zeitgebühr		
= Angabe § 13 StBGebV	94, 58	
= Klärung d. Belege	94, 123	
Investitionszulage		
– Fürsorgepflicht d. FA	94, 122	
Kausalität		
– Beratungsfehler	94, 3	
– Beweislast	94, 3	
– Fehler des Gerichts/Fehler des RA	94, 158	
– Schutzzweck, Notarfehler	94, 37	
– Unterbrechung d. –	94, 36	
Kenntnis d. Zivilrechts		
– BGH-Meinung	94, 139	
= Rechtsprechungsänderung	94, 141	
Klageerhebung		
– beim FG, § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO	94, 152	
Kollegialgerichtsentscheidung		
– Verschulden	94, 161	
Konkursverwalter		
– Sicherungsgut, Veräußerung	94, 209	
Krankenhausbilanz		
– Abschlußprüfung	94, 236	
– Pflegesatzermittlung	94, 236	
Kündigung d. Mandats		
– Formularvertrag	94, 58,	
	302, 311	
Mahnbescheid		
– Bezeichnung d. Anspruchs	94, 93	
Mietvertrag m. Angehörigen	94, 136	
Mitverschulden		
– Haftungsverteilung	94, 67	
– Rechtsmittel, unterlassenes	94, 40	
– Zurechnung des Verschuldens des 2. RA	94, 153	
Notar		
– Anwaltsnotar		
= Abgrenzung RA-Haftung	94, 40	
– Belehrungspflicht		
= Auflage d. Bank	94, 296	
= Genehmigungspflicht, § 12 GrdstVG,		
§ 19 BBauG	94, 2	
= Vormerkungswirkung	94, 29	
– Beweislast		
= Kausalität Notarfehler/Schaden	94, 35	
= Erschließungskosten	94, 82	
– Formulierungspflicht	94, 314,	
	317	
– Prüfungspflicht		
= Vertretungsvollmacht	94, 29	
– Sachverhaltsermittlung	94, 82	
– Wille d. Beteiligten	94, 82,	
	314, 317	
Niederschlagung		
– der Steuerschuld	94, 75	
Prospekthaftung		
– Verjährung	94, 283	
= § 51 a WPO	94, 283	
= § 195 BGB	94, 283	
Prozeßvollmacht		
– Ausschußfrist z. Vorlage	94, 152	
= doppelte Zustellung	94, 152	
= Information d. Mandanten	94, 68	
Prüfungspflicht		
– d. Jahresabschlusses		
= nach Umwandlung	94, 24	
Rechtsanwalt		
– Beratungspflichten		
= Buchwertklausel	94, 187	
= Verfassungsbeschwerde,		
Mißbrauchsgebühr	94, 66	
= Versorgungsausgleich, § 1587c Nr. 1 BGB	94, 160	
– Kündigungserklärung		
= Originalvollmacht	94, 187	
– Maklertätigkeit	94, 122	
– Vergleich, Mandanteninteresse	94, 297	
– Zulassung		
= Anstellung/Treuhandanstalt	94, 252	
= Versicherungsmakler	94, 122	
= Kammer-Geschäftsführer	94, 122	

Rechtsberatung		
– Abwicklung d. nichtigen Rechtsberatungsvertrages = Honoraranspruch	94, 62	
– des Gewerbebetreibenden Art. 1 § 5 = unmittelbarer Zusammenhang	94, 224	
– Honorarrückzahlung	94, 62	
– Kindergeldsache	94, 26	
– Rechtsbeistand = Gesellschaftsrecht/Pachtvertrag	94, 62	
– Schuldenregulierung	94, 124	
Sachverhaltsermittlung		
– durch d. RA	94, 266	
– wg. Zustellung	94, 269	
Schaden		
– Anlageberatung	94, 248	
– Anlagezinsen	94, 228	
– Grunderwerbsteuerbelastung	94, 248	
– Nutzungsentzung	94, 161	
– Steuervorteile = rechtswidrige –	94, 216	
– Vermögensauswirkungen = bei fehlerhafter Anlage	94, 248	
– Wohnraum, steuerbegünstigt = Architektenhaftung	94, 28	
– Zinsschaden/Anlagezinsen	94, 228	
Schadenbeseitigung		
– honorarfrei	94, 187	
Schuldbeitritt		
– zur Steuerschuld	94, 75	
Schuldnerverzeichnis		
– Berufsverbot	94, 80	
Singularzulassung	94, 208	
StB-GmbH		
– Alleingesellschafter: RA	94, 186	
Steuerberaterkammer		
– Merkblatt, Lohnsteuerberatung	94, 2	
Steuerberatungsvertrag		
– Auflösung d. – = fristlose Kündigung, § 627 BGB	94, 58	
– Formularvertrag = Kündigungsrecht	94, 58, 302, 311	
– Kündigung, § 627 BGB	94, 58	
Steuerhinterziehung		
– Steuerberater, Mittäter	94, 70, 92	
– Verjährung	94, 122	
– Vorbereitung der Steuererklärung d.	94, 92	
Steuerschuld		
– Niederschlagung	94, 75	
Streitverkündung		
– Verjährungsunterbrechung	94, 54	
Telefax		
– Anweisung an Bürokräft	94, 38	
– Fristenkontrollbuch	94, 258	
– neue Telefaxnummer d. Justiz	94, 225	
– Vollmachtsnachweis	94, 296	
– Zugangsnachweis	94, 28	
Treuhänder		
– Auskunftspflicht	94, 310	
– gewerbliche Einkünfte	94, 258	
– Prospektangaben = unrichtige	94, 66	
– Rechnungslegungspflicht	94, 310	
Umsatzsteuer		
– Ausweis durch Nichtunternehmen, Ehegatten	94, 212	
– Ehegattenmietvertrag	94, 92	
– Flohmarktbetreiber, § 4 Nr. 12 a	94, 228	
Unterbrechung der Verjährung, § 209 BGB		
– Klagezustellung, Verzögerung	94, 259	
– Mahnbescheid	94, 93	
– Streitverkündung	94, 54	
Unterschrift		
– Klageschrift	94, 12	
Untreue, § 266 StGB		
– d. RA	94, 115	
– Vermögensverwalter	94, 115	
Verdeckte Gewinnausschüttung		
– Steuerberatungs-GmbH im Konzern = Honorarrechnung	94, 224	
– Zahlung für Kundenstamm	94, 28	
Verfassungsbeschwerde		
– Mißbrauchsgebühr	94, 66	
Verjährung, § 51 BRAO		
– Anlagerat	94, 198	
– Belehrung über Fehler u. Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch = Anlaß zur Belehrung	94, 53	
– = Kenntnis d. Fehlers u. Verjährungsvorschrift	94, 199	
– = neues Mandat	94, 53	
– = neuer RA	94, 199	
– Provisionsgeschäfte	94, 198	
– Verjährungsbeginn = Anlageentscheidung	94, 199	
– = Schadenentstehung	94, 51	
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)		
– Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch = Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung	94, 235	
– = Mandatsende	94, 86	
– = neue OFD-Verfügung	94, 234	
– Prospekthaftung	94, 283	
– Verjährungsbeginn = Bilanzfehler	94, 93	
– = Einspruchsfrist	94, 175	
– = Fristablauf	94, 175	
– = Gewinnverwendungsbeschluß	94, 93	
– = Grundsatz d. Schadeneinheit	94, 93	
– = Kosten d. Prüfungsberichtes	94, 93	
– = Steuerabwälzung a. Mieter	94, 85	
– = Umsatzsteuerschaden	94, 212, 234	
– Zugang d. Steuerbescheides	94, 259	
Verjährung, § 195 BGB		
– Prospekthaftungsansprüche	94, 283	
Verjährung (§ 852 BGB, § 19 BNotO)		
– Feststellungsinteresse, künftiger Anspruch	94, 2	
– Kenntnis d. Schadens = vor Schadeneintritt?	94, 2	
– Verjährungsbeginn = Schadenentstehung	94, 267	
– = mit Urteil?	94, 267	
Verschulden		
– BGH-Rechtsprechung	94, 139	
– Kollegialgerichtsentscheidung	94, 161	
Versorgungsausgleich		
– Herabsetzung, § 1587 c Nr. 1 BGB	94, 159	
Verwertungsverbot		
– keine Betriebsprüfungsanordnung	94, 104	
Vollmacht		
– Kündigung d. RA	94, 187	
– Nachweis d. –	94, 296	
Vormund		
– Geldanlage	94, 177	
– Pflichtverletzung	94, 177	
Vorteilsausgleich		
– d. Steuerberaters	94, ...	
– Steuervorteil = AfA-Vorteile	94, 248	

Wiedereinsetzung		BGH v. 20. 9. 1993 – II ZB 10/93	94, 66
– Büroversehen des StB/RA/WP		= NJW 93, 3141	
= Info d. Justizbehörde/neue Telefaxnummer	94, 225	= WM 93, 2141	
– Fristenkontrollbuch	94, 167	= BB 93, 2408	
– Fristenkontrolle		BGH v. 30. 9. 1993 – IX ZR 73/93	94, 3
= Fristenkontrollbuch	94, 164, 167	= WM 1994, 78	
		= NJW 1993, 3259	
= Fristversäumnis, unverschuldete –		= DB 1993, 2373	
= falsche Rechtsmittelbelehrung	94, 66	BGH v. 30. 9. 1993 – IX ZR 211/92	94, 139
= fehlerhafte Telefonauskunft	94, 72	= NJW 93, 3323	
		= WM 93, 2129	
Werbeverbot		= DB 93, 2374	
– Branchentelefonbuch	94, 146	= NJW 94, 501 Anm. Schäfer	
– Praxisbroschüre	94, 258	= BB 93, 2267	
– StB-Name in Unternehmensberatungsfirma	94, 224	BGH v. 4. 10. 1993 – II ZB 9/93	94, 72
– Tätigkeitshinweise	94, 146	= BB 93, 2336	
WP-GmbH		BGH v. 18. 10. 1993 – II ZB 7/93	94, 164
– Leiter, andere Aufgaben	94, 92	BGH v. 28. 10. 1993 – VII ZB 21/93	94, 39
– Stammkapitalnachweis	94, 92	= NJW 94, 459	
		= BB 94, 106	
Zinsschaden		BGH v. 28. 10. 1993 – VII ZB 22/93	94, 38
– Darlegungslast	94, 308	= NJW 94, 329	
		= DB 94, 141	
Zugang		BGH v. 28. 10. 1993 – IX ZR 252/92	94, 67
– Beweis d. –		= NJW 94, 379	
= d. Telefax	94, 26	= WM 94, 217	
Zurückbehaltungsrecht		BGH v. 28. 10. 1993 – IX ZR 21/93	94, 93
– Geldforderungen	94, 308	= NJW 94, 323	
		= WM 94, 33	
Zustellung		= ZIP 93, 1886	
– Änderungsbescheid, Klageverfahren	94, 258	= BB 94, 183	
– Empfangsbekenntnis	94, 296	BGH v. 5. 11. 1993 – V ZR 1/93	94, 111
		= NJW 94, 257	
		= ZIP 93, 1879	
		= BB 94, 29	
BGH v. 10. 2. 1992 – IX ZR 109/93	94, 187	BGH v. 11. 11. 1993 – IX ZR 229/92	94, 162
BGH v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92	94, 2	= NJW 1994, 442	
= VersR 1993, 358		= BB 1994, 171	
= WM 1993, 251		= DB 1994, 779	
BGH v. 22. 10. 1992 – V ZR 112/92	94, 12	= DSfR 1994, 412	
= NJW 1994, 55		BGH v. 23. 11. 1993 – 5 StR 595/93	94, 122
= DB 1993, 2584		= wistra 1994, 57	
BGH v. 28. 1. 1993 – IX B 41/92	94, 167	BGH v. 29. 11. 1993 – AnwZ (B) 36/93	94, 208
BGH v. 6. 5. 1993 – I ZR 183/91	94, 2	BGH v. 29. 11. 1993 – AnwZ (B) 41/93	94, 122
= StB 1993, 422		= BRAK-Mitt. 1994, 43	
= WM 93, 1605		BGH v. 2. 12. 1993 – IX ZR 241/92	94, 209
= DSfR 93, 1463		BGH v. 20. 1. 1994 – IX ZR 46/93	94, 153
= BB 93, 1611		= NJW 1994, 1211	
BGH v. 27. 5. 1993 – IX ZR 66/92	94, 29	= WM 1994, 948	
= WM 1993, 1513		= MDR 1994, 516	
= NJW 1993, 2744		= VersR 1994, 679	
= VersR 1993, 1244		BGH v. 27. 1. 1994 – IX ZR 195/93	94, 198
= DB 1993, 2326		= NJW 1994, 1405	
BGH v. 3. 6. 1993 – IX ZR 119/92	94, 296	= WM 1994, 504	
= VersR 1994, 181		= BB 1994, 1599	
BGH v. 7. 6. 1993 – V StR 212/93	94, 70	BGH v. 24. 3. 1994 – III ZB 14/94	94, 225
= wistra 93, 302		BGH v. 21. 4. 1994 – IX ZR 123/93	94, 297
BGH v. 14. 6. 1993 – AnwZ (B) 15/93	94, 122	BGH v. 21. 4. 1994 – IX ZR 150/93	94, 258
= BRAK-Mitt. 1994, 43		BGH v. 29. 4. 1994 – V ZR 62/93	94, 258
BGH v. 24. 6. 1993 – IX ZR 216/92	94, 40	= NJW 1994, 1879	
= WM 1993, 1889		BGH v. 3. 5. 1994 – VI ZR 248/93	94, 296
= DB 1993, 2327		BGH v. 26. 5. 1994 – IX ZR 57/93	94, 259
= NJW 1993, 2747		BGH v. 1. 6. 1994 – VIII ZR 36/93	94, 283
BGH v. 24. 6. 1993 – VII ZR 8/93	94, 186	BGH v. 23. 6. 1994 – I ZR 106/02	94, 296
= VersR 94, 200			
BGH v. 11. 8. 1993 – 2 StR 309/93	94, 115		
= wistra 93, 300			
BGH v. 13. 9. 1993 – AnwSt (IR) 6/93	94, 146		
= BRAK-Mitt. 1994, 51			
BGH v. 13. 9. 1993 – AnwZ (B) 24/93	94, 122		
= BRAK-Mitt. 1994, 42			
BGH v. 13. 9. 1993 – AnwZ (B) 25/93	94, 252		
= BRAK-Mitt. 1993, 219			

BVerfG [2. Kammer des Ersten Senats] v. 11. 6. 1993 – 1 BvR 1240/92 = NJW 1994, 244	94, 186	FG Köln v. 15. 2. 1993 – 3 K 3432/92 = LEXINFORM 0102894 = Steuertelex: 4418	94, 26
OLG Düsseldorf v. 12. 3. 1992 – 13 U 152/91	94, 24	FG Niedersachsen v. 6. 10. 1993 – III 174/88	94, 104
OLG Düsseldorf v. 22. 10. 1992 – 18 U 94/92, rkr.	94, 7	FG Saarland v. 30. 3. 1993 – 1 K 168/92 = StB 1993, 301	94, 28
OLG Düsseldorf v. 10. 12. 1992 – 13 U 90/92, rkr.	94, 72	LSG Rheinland-Pfalz v. 22. 7. 1993 – L 6 Sb 46/93 = StB 1993, 423	
OLG Düsseldorf v. 17. 12. 1992 – 13 U 98/92 – rkr.	94, 22	VG Hannover v. 25. 8. 1993 – 5 A 3374/91 = WPK-Mitt. 1994, 65	94, 92
OLG Düsseldorf v. 7. 1. 1993 – 13 U 99/92	94, 243	VG Kassel v. 15. 7. 1993 – 4/3 E 44/92 = BRAK-Mitt. 1993, 228	94, 296
OLG Düsseldorf v. 25. 2. 1993 – 13 U 223/91	94, 212	VG Wiesbaden v. 14. 10. 1993 – 8/1 G 20.644/93	94, 180
OLG Düsseldorf v. 26. 2. 1993 – 13 U 117/92	94, 126	VGH Hessen v. 11. 12. 1991 – 13 K 899/91	94, 80
OLG Düsseldorf v. 11. 3. 1993 – 13 U 123/92	94, 56	VGH Mannheim v. 2. 12. 1993 – A 16 S 2083/93	94, 180
OLG Düsseldorf v. 29. 4. 1993 – 13 U 188/92	94, 19	BFH v. 13. 10. 1992 – VII B 119/92 = BFH/NV 1993, 607	94, 152
OLG Düsseldorf v. 6. 5. 1993 – 13 U 86/91	94, 16	BFH v. 15. 3. 1993 – V R 109/89 = NJW 1994, 216	94, 92
OLG Düsseldorf v. 27. 5. 1993 – 13 U 201/92	94, 58	BFH v. 17. 6. 1993 – VI S 3/93 = BFH/NV 1993, 613	94, 152
OLG Düsseldorf v. 17. 6. 1993 – 13 U 232/92	94, 130	BFH v. 22. 6. 1993 – IX R 19/89	94, 136
OLG Düsseldorf v. 15. 7. 1993 – 13 U 245/92	94, 14	BFH v. 23. 6. 1993 – I R 72/92 = Stbg 1993, 562	94, 224
OLG Düsseldorf v. 19. 8. 1993 – 13 U 273/92	94, 133	BFH v. 27. 7. 1993 – VII R 21/93 = Stbg 1993, 556	94, 186
OLG Düsseldorf v. 21. 10. 1993 – 13 U 1/93	94, 173	BFH v. 21. 4. 1994 – IV R 99/93 = LexInform 0109280 = STEUERTELEX 3014	94, 258
OLG Düsseldorf v. 21. 10. 1993 – 13 U 295/92	94, 168	BFH v. 5. 5. 1994 – VI R 98/93 = LexInform 0109279 = STEUERTELEX 3023 = DSrR 1994, 1117	94, 258
OLG Düsseldorf v. 25. 11. 1993 – 13 U 19/93	94, 302	BAG v. 24. 3. 1993 – 4 AZR 258/92	94, 224
OLG Frankfurt v. 15. 2. 1993 – 22 U 183/91	94, 123	OVG Münster v. 5. 8. 1993 – 22 A 1339/93 = NJW 1994, 402	94, 186
OLG Hamm v. 5. 10. 1992 – 2 U 61/92 = AfF 06/94 – rkr.	94, 117	FinMin Brandenburg v. 24. 6. 1993, III/3 – S 0321-2/93	94, 122
OLG Hamm v. 4. 3. 1994 – 25 U 47/93	94, 311		
OLG Köln v. 3. 3. 1993 – 13 U 191/92	94, 229		
OLG Köln v. 16. 6. 1993 – 11 U 37/93 = AfF 1993, 1188	94, 28		
OLG Köln v. 13. 1. 1994 – 7 U 157/93	94, 314		
OLG München v. 30. 7. 1990 – 31 U 1857/90 rkr. durch Nichtannahmebeschluß des BGH v. 10. 7. 1991 = RPKU 1.120/90	94, 66		
OLG München v. 16. 12. 1992 – 7 U 5553/92 = NJW 1993, 2447	94, 28		
OLG München v. 9. 11. 1993 – 4 StRR 54/93 = wistra 94, 34	94, 92		
OLG München v. 22. 12. 1993 – 7 U 6331/91, n. rkr.	94, 216		
OLG Stuttgart v. 6. 7. 1993 – 12 U 229/92	94, 62		
OLG Stuttgart v. 18. 1. 1994 – 12 U 140/93	94, 273		
LG Berlin v. 12. 1. 1993 – 5 O 299/92 – rkr.	94, 251		
LG Bochum v. 14. 4. 1993 – 6 O 450/92	94, 248		
LG Braunschweig v. 11. 3. 1993 – 4 O 457/92	94, 82		
LG Braunschweig v. 17. 3. 1993 – 3 O 353/92	94, 317		
LG Darmstadt v. 17. 12. 1992 – 9 O 170/92 = NJW 1993, 2448 LG Duisburg v. 22. 11. 1990 – 2 S 150/89	94, 28 94, 66		
LG Düsseldorf v. 29. 1. 1993 – 45 StL 20/2 = StBK Köln 1993, Heft 10 – 12, 20	94, 224		
LG Hamburg v. 18. 2. 1994 – 328 O 391/91 – rkr.	94, 236		
LG Kiel v. 29. 6. 1993 – 6 O 414/92	94, 85		
LG Münster v. 10. 8. 1993 = StBK Rheinland-Pfalz 1994, 6	94, 224		
AG Bremen v. 14. 2. 1992 – 7 C 453/91	94, 177		
EG Hamm, v. 21. 4. 1993 – AR 12/90 = BRAK-Mitt. 1993, 226	94, 258		